



Berlin, den 23.10.2007

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Jugendhilfebedarf in Berlin seit 2001 halbiert Jugendliche mit erheblichem Jugendhilfebedarf haben in Berlin fast keine Ausbildungschance mehr – das Prinzip Zufall regiert.

Grundlage dieser Aussage ist die Statistik des Senats über Angebote der Jugendberufshilfe (JBH) für das Jahr 2006.

Danach gab es nur noch 497 belegte Ausbildungsplätze, davon werden 178 Plätze von Jugendämtern und Jobcentern gemeinsam finanziert. Im ersten Ausbildungsjahr 2006 gab es nur noch 210 Neuzugänge.

Im Jahr 2001 wurden noch insgesamt 1182 Jugendliche ausbildungsgefördert!

Diese Bilanz ist jugendpolitisch niederschmetternd! Der Ausbildungsbedarf ist weitaus höher. Der Förderumfang muss wieder dem Bedarf angepasst werden!

Das Senatskonzept über *Notwendigkeiten zur Veränderung der Jugendberufshilfe in Berlin 2010* aus dem Jahr 2004 zielte auf eine Umsteuerung der bis dahin rein jugendhilfe-finanzierten Ausbildung hin zu einer Mischfinanzierung durch Jugendämter und Jobcenter.

Mit dieser Strategie der Kostenreduzierung für die Jugendämter sollte der drastische Rückgang von Ausbildungsübernahmen gestoppt bzw. rückgängig gemacht werden. Parallel dazu sah der Senat aber weiterhin die Notwendigkeit, für besonders unterstützungsbedürftige Jugendliche reine jugendhilfe-finanzierte, einzelfallorientierte Ausbildungsplätze vorzuhalten.

Dieses Konzept greift offensichtlich nicht! Das belegen

- die weiterhin rückläufigen Förderzahlen in der JBH (319, davon 97 Neuzugänge) in den Bezirken sowie
- die geringe Zahl der mischfinanzierten Ausbildungsangebote (178); lediglich drei Bezirke bieten als Kompensation bisher gemeinsame Ausbildungskonzepte an (Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg (ab 2007)).

Der Senat selbst sieht seine Strategie erfolgreich verstetigt, bedauert den Abwärtstrend und verweist ansonsten auf die Zuständigkeit der Bezirke. Auf Fragen nach einer Gesamtverantwortung des Landes Berlin reagieren alle Parteien mit Achselzucken! Der Globalhaushalt für die Bezirke mit der Möglichkeit eigener Schwerpunktsetzung ist ihnen heiliger. Auf der Strecke bleiben die Jugendlichen!

Der bvaa fordert den Senat und das Abgeordnetenhaus auf, das Problem noch einmal neu zu überdenken. Wenn die Bezirke die notwendigen Leistungen verweigern, muss ihnen die Planungsverantwortung entzogen werden. Alternativ denkbar wäre ein zentraler Fördertopf mit einer verbindlichen Planungsgröße für jugendhilferelevante Ausbildungskapazitäten. In anderen Bereichen auf Landesebene (MDQM) oder bei der überbetrieblichen Ausbildung (SGB II / III) ist dies auch möglich.

Es darf nicht dem Prinzip Zufall überlassen bleiben, in welchem Bezirk Jugendliche wohnen und gefördert werden oder nicht. Ausbildungskapazitäten für Jugendliche mit Jugendhilfebedarf sind in Berlin jedenfalls ausreichend vorhanden.

Michael Haberkorn

haberkorn@bvaa-online.de 616545350

bvaa - Berliner Verband für Arbeit und Ausbildung

www.bvaa-online.de